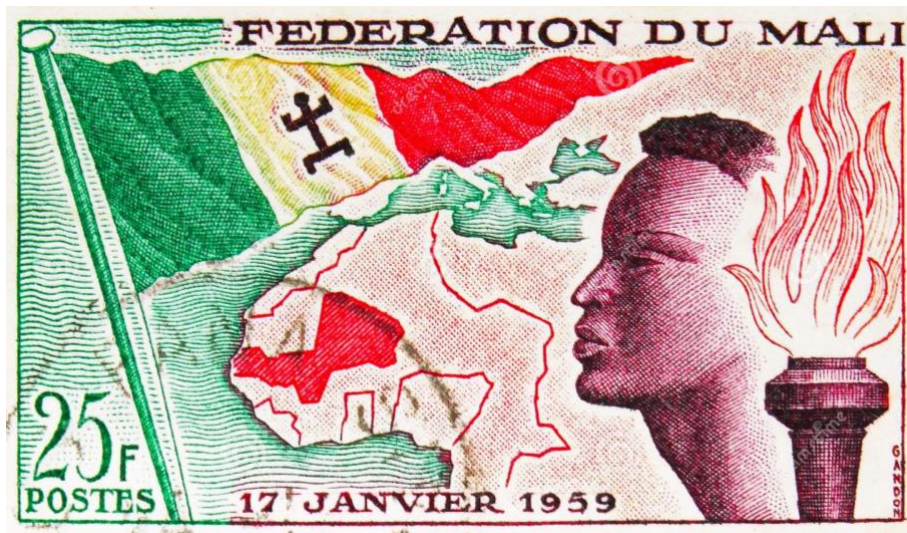


„L'option socialiste“: Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg Malis und die internationale kommunistische Bewegung

Matthew Read
12. April 2023



Eine Briefmarke zum Gedenken an die kurzlebige Mali-Föderation

Von 1960 bis 1968 stand die Republik Mali an der Spitze der sozialen Revolution in Afrika. Die Regierungspartei des Landes, die *Union Soudanaise*, hatte sich geweigert, sich mit der formalen politischen Souveränität zu begnügen, und erklärte 1960, dass sich die Republik für die „*l'option socialiste*“ entscheiden würde, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die soziale Befreiung des malischen Volkes zu sichern. Die nationale Bewegung in „Französisch-Westafrika“ unterhielt von Anfang an enge Verbindungen zur internationalen kommunistischen Bewegung. Viele ihrer Führer hatten die *Groupes d'Etudes Communistes* organisiert, Studienzellen, die sich in den 1940er Jahren mit Hilfe der Kommunistischen Partei Frankreichs über ganz West- und Äquatorialafrika verbreitet hatten. Nachdem Mali und Guinea Ende der 1950er Jahre mit antiimperialistischen Parteien an der Spitze ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, nahm diese Beziehung neue Dimensionen an. Das sozialistische Lager begann nun, diese jungen Staaten in ihrem Bestreben zu unterstützen, die neokoloniale Ausbeutung zu überwinden und letztlich die kapitalistische Entwicklungsetappe zu umgehen.

Diese kurze Episode der revolutionären Umwälzung in Mali bietet Einblicke in mehrere zentralen Aspekte des Antiimperialismus im 20. Jahrhundert. Erstens vermittelt sie eine Vorstellung von der Art der Beziehungen zwischen dem sozialistischen Lager und den progressiven Regierungen in den befreiten Staaten. Beide hatten im westlichen Imperialismus einen gemeinsamen Feind, aber wie weit gingen sie bei der Koordinierung ihrer Aktionen und der Erörterung von Taktiken? Zweitens geben die Entwicklungen in Mali Aufschluss über die internationalistische Strategie der kommunistischen Kräfte an diesem historischen Scheideweg in den 1960er Jahren. Zu Beginn dieses Jahrzehnts wurden Theorien wie „der nichtkapitalistische Entwicklungsweg“ und der „Staat der nationalen Demokratie“ aufgestellt, die zu zentralen Konzepten in der Analyse der ehemaligen Kolonien durch die kommunistischen Kräfte werden sollten. Nicht zuletzt ist die Entwicklung der *Union Soudanaise* von einer antikolonialen Massenbewegung hin zu einer

avantgardistischen Partei ein Beispiel dafür, wie sich der Klassenkampf in der zweiten Phase der nationalen Befreiung entfaltete. Wie im Folgenden dargelegt wird, stand die Frage nach einer geeigneten politischen Organisationsform für den Kampf gegen den Neokolonialismus im Mittelpunkt der Debatten, die Revolutionäre in Afrika zu dieser Zeit führten.

Schlussfolgerungen, die aus einem einzigen Beispiel gezogen werden, sind natürlich nur vorläufig; es wird notwendig sein, die Erfahrungen in Mali mit denen in anderen nationaldemokratischen Staaten zu vergleichen.¹ Mali ist jedoch ein bedeutendes Beispiel, da die *Union Soudanaise* die erste Regierungspartei in den befreiten afrikanischen Staaten war, die den Marxismus-Leninismus als ihre ideologische Grundlage bezeichnete und sich Mitte der 1960er Jahre de facto dem sozialistischen Lager zuwandte. Die Recherchen für den folgenden Artikel stützen sich im Wesentlichen auf Dokumente der DDR und der SED, die sich im *Bundesarchiv* befinden, auf Artikel in kommunistischen Zeitschriften wie *Probleme des Friedens und des Sozialismus* sowie auf Analysen bürgerlicher und marxistischer Historiker. Spezifische Quellen, längere Zitate und zusätzliche Hinweise finden sich in den Fußnoten für diejenigen, die an weiteren Recherchen interessiert sind.

Dies ist eine gekürzte Fassung des vollständigen Artikels; sie verzichtet auf einen Überblick über die sozioökonomischen Entwicklungen in Mali vor der Unabhängigkeit, auf bestimmte Aspekte der *Option socialiste* (wie das Genossenschaftsprogramm in der Landwirtschaft) und auf die ideologischen Debatten in der kommunistischen Bewegung über die Frage der Avantgardepartei in den 1960er Jahren. Der vollständige Artikel ist unter ifddr.org zu finden.

Die *Union Soudanaise* und die internationale kommunistische Bewegung

In den 1870er Jahren begannen die Franzosen mit der Errichtung von Festungen und Außenposten entlang des Niger und übernahmen die direkte Kontrolle über große Teile Westafrikas. Europäische Sklavenhändler hatten die Region jedoch schon vor der Kolonisierung über zwei Jahrhunderte lang ausgebeutet. Nach einem langen Kampf konnte die antikoloniale Bewegung Frankreich bis Ende der 1950er Jahre erhebliche Zugeständnisse abringen. Das *Rassemblement Démocratique Africain* (RDA), ein 1946 gegründeter Zusammenschluss von Parteien aus ganz Französisch-West- und Äquatorialafrika, spielte neben der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) eine entscheidende Rolle, um das französische Establishment zur Akzeptanz der politischen Autonomie der Kolonien zu drängen. Die RDA-Sektion im „französischen Sudan“ (dem heutigen Mali) war die *Union Soudanaise* (US-RDA). Mitbegründer der Partei war Modibo Keita, ein junger Lehrer aus Bamako, der in seiner Heimatstadt in den KPF-nahen Kommunistischen Studiengruppen (*Groupes d'Etudes Communistes*) aktiv gewesen war. Keita wurde zum Anführer der Unabhängigkeitsbewegung im französischen Soudan und erlangte 1958 in einem Referendum die Autonomie der neuen sudanesischen Republik. Als Panafrikanist setzte sich Keita für die Integration der ehemaligen Kolonien in Französisch-Westafrika ein. Die Mali-Föderation, eine Union zwischen der Sudanesischen Republik und dem Senegal, wurde Anfang 1959 gegründet, aber die Führer der beiden Länder hatten unterschiedliche Zukunftsvisionen, denn die Senegalesen bevorzugten eine kapitalistische Entwicklung und engere Beziehungen zu Frankreich. Nach nur wenigen Monaten löste sich die Union auf, und

¹ Um ein paar Beispiele zu nennen: Ägypten, Algerien, Syrien und Afghanistan. In unterschiedlichem Maße auch die zentralasiatischen Sowjetrepubliken, die Mongolei, China und Korea.

die US-RDA rief im September 1960 die unabhängige Republik Mali aus. Das Scheitern der Föderation stellte einen schweren Schlag für die US-RDA dar, denn der Senegal war Malis Tor zur Welt. Die Hauptstadt (Bamako) war nun fast 1000 Kilometer von der Küste entfernt, eine Tatsache, die die malische Wirtschaft noch jahrzehntelang belasten sollte.



Die US-RDA war eine Massenpartei, die als nationale Front agierte. Sie war aus einer Reihe von Zusammenschlüssen verschiedener politischer Gruppierungen hervorgegangen, die von der sozialdemokratischen *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) oder der marxistisch-leninistischen KPF beeinflusst waren. 90 Prozent der Mitglieder der US-RDA waren Bauern, während die Führung überwiegend aus dem Kleinbürgertum stammte (z. B. Lehrer, Ärzte und Angestellte).² Die im Entstehen begriffene Arbeiterklasse, die zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit nur 2,8 % der arbeitenden Bevölkerung Malis ausmachte, war in der Partei relativ schwach vertreten, konnte aber über die *Union Nationale des Travailleurs du Mali* (UNTM), die der Partei angeschlossene Gewerkschaft, einen gewissen Einfluss ausüben. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit Malis kündigte ein Kongress der US-RDA eine zweite Etappe des nationalen Befreiungskampfes an und erklärte, das Land müsse „unverzüglich und entschlossen die wirtschaftliche Entkolonisierung in Angriff nehmen, schnellstens eine neue Wirtschaftsstruktur herstellen und, von den realen Möglichkeiten der afrikanischen Länder ausgehend, die Handelsbeziehungen im Rahmen einer sozialistischen Planung entwickeln“.³ Nachdem die formale politische Souveränität erlangt worden sei, gelte es nun, das Land in die wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Emanzipation zu führen, um „das Volk vom Erbe des Kolonialismus zu befreien“.

² Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*.

³ Außerordentlicher Parteitag der US-RDA am 22. September 1960, zitiert in *Economie et politique*, Nr. 96, 1962, p.89 (Bundesarchiv DQ_1_23938)

Als erster Präsident Malis leitete Keïta im Rahmen dieser *Option Socialiste* eine Reihe von Maßnahmen ein: Schlüsselsektoren der ehemals kolonialisierten Wirtschaft wurden verstaatlicht und in einen Fünfjahresplan (1961–66) integriert, eine neue Währung wurde geschaffen, um sich von der neokolonialen französischen CFA-Franc-Zone zu lösen, und eine „*Action rurale*“ wurde ins Leben gerufen, um die naturalwirtschaftlichen Dorfgemeinden in moderne landwirtschaftliche Genossenschaften zu verwandeln. Diese Initiativen sollten die ersten Schritte einer dreistufigen Revolution in Mali sein: eine erste „sozialistische Umgestaltung“ der bestehenden Verhältnisse, gefolgt vom „Aufbau des Sozialismus“ und schließlich der „Konsolidierung der sozialistischen Gesellschaft“.⁴

Die US-RDA war zwar die erste nichtkommunistische Partei in Afrika, die den Marxismus-Leninismus als ihre ideologische Grundlage bezeichnete, doch blieb sie eine sozial und ideologisch heterogene „patriotische Front“.⁵ Vor der Unabhängigkeit befanden sich alle Klassen und sozialen Gruppen in Mali (mit Ausnahme der korrumpierten Stammesführer) im Widerspruch zur ausländischen Kolonialmacht. Nach der Erlangung der politischen Unabhängigkeit und dem Beginn des nationalen Aufbaus begann sich die Klassendifferenzierung zu verstärken, und innerhalb der Partei kristallisierten sich Fraktionen heraus. Eine rechte Strömung hatte eine relativ starke Position in der Parteiführung inne und verfügte über etwa die Hälfte der Sitze im Politbüro und mehrere wichtige Ministerposten. Diese Gruppe forderte die *Option Socialiste* nicht offen heraus, sondern setzte sich für gemäßigttere Reformen und ein weniger gegnerisches Verhältnis zu Frankreich ein. Ein linker Flügel der Partei wurde von denjenigen unterstützt, die in den Studiengruppen der KPF aktiv gewesen waren, die sich Ende der 1950er Jahre mit der US-RDA zusammengeschlossen hatten. Diese linke Strömung erhielt bald Unterstützung vom Jugendverband der Partei (der JUS-RDA) und von Gewerkschaftsmitgliedern. Sie verfügten über keine eigenständige politische Plattform und traten stattdessen für die konsequente Umsetzung der *Option Socialiste* ein.

Die US-RDA war unnachgiebiger als die meisten anderen Regierungsparteien in den Nachbarstaaten, aber sie hatte nie ganz mit Frankreich gebrochen. Um ihren Einfluss im Land aufrechtzuerhalten und die Unstimmigkeiten in der US-RDA zu verschärfen, begannen die westlichen Mächte Anfang der 1960er Jahre, der Regierung Keïta Finanzkredite anzubieten. Mali trat daraufhin dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im Jahr 1963 bei und unterzeichnete 1964 ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Das sozialistische Lager gab sich in dieser Frage wenig Illusionen hin und erkannte, dass sich Mali angesichts der kolonialen Unterentwicklung und der begrenzten sowjetischen Ressourcen in einer schwierigen Lage befand, in der die US-RDA versuchte, „politisch zwischen beiden Weltsystemen zu lavieren“.⁶

⁴ Siehe Idrissa Diarra, „Massenpartei und Aufbau des Sozialismus“, *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Ausg. 01, 1967.

⁵ Die folgende Zusammenfassung basiert auf Ernsts Buch von 1973 und Dokumenten, die im Bundesarchiv gefunden wurden (Bundesarchiv DY 30/98101 and DY 30/98099). Beide Quellen stützen ihre Analysen auf Recherchen aus erster Hand in Mali und auf Berichte in *L'Essor*, die Zeitung der US-RDA.

⁶ Zitiert aus einer internen DDR-Einschätzung von 1965 (DY 30/9810).



1961 schloss sich Mali mit Ghana und Guinea in der Union Afrikanischer Staaten zusammen, die die Zersplitterung Westafrikas durch eine schrittweise Integration der Wirtschaft der drei Staaten überwinden sollte. Doch auch sie war nur von kurzer Dauer, da Unstimmigkeiten zu ihrer Auflösung im Jahr 1963 führten. Von links nach rechts: Modibo Keita, Kwame Nkrumah und Sékou Touré.

Die internationale kommunistische Bewegung war zu dieser Zeit durch die Auflösung der Komintern 1943 und des Kominform 1956 geschwächt. In dem Versuch, die internationale Koordinierung der Bewegung wiederzubeleben, wurden Ende der 1950er Jahre mehrere Treffen organisiert, deren Höhepunkt das „Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“ von 1960 war, zu dem 81 Parteien in Moskau zusammenkamen. Sie entwickelten dort das neue und recht nebulöse Konzept eines „Staates der nationalen Demokratie“, um die komplexen Prozesse zu erfassen, die sich in vielen der befreiten Staaten abspielten. In der Erklärung heißt es dazu:

“Die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt, können in den Ländern stehen, die das koloniale Joch abgeworfen haben, nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn ein entschlossener Kampf gegen den Imperialismus und die Überreste des Feudalismus geführt wird und sich alle patriotischen Kräfte der Nation, zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen. Festigung der politischen Selbstständigkeit, Agrarreformen im Interesse der Bauernschaft, Abschaffung der Überreste des Feudalismus, Beseitigung der ökonomischen Wurzeln der Herrschaft des Imperialismus, Beschränkung und Verdrängung der ausländischen Monopole aus der Wirtschaft, Aufbau und Entwicklung der nationalen Industrie, Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, Demokratisierung des öffentlichen Lebens, unabhängige, friedliebende Außenpolitik, Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit den sozialistischen und anderen befreundeten Ländern – das sind die gesamt-nationalen demokratischen Aufgaben, zu deren

Lösung sich die fortschrittlichen Kräfte der Nation in den Ländern, die sich befreit haben, zusammenschließen können und tatsächlich zusammenschließen.“⁷

Nach dem Verständnis der kommunistischen Bewegung hatte die US-RDA Mali auf einen Weg der "nicht-kapitalistischen Entwicklung" gebracht, der eine antiimperialistische Transformation und eine tiefgreifende Demokratisierung der Gesellschaft beinhaltete. In den meisten befreiten Ländern wäre eine erste Phase der „nationalen Demokratie“ erforderlich, da die jahrzehntelange koloniale Ausbeutung eine sofortige sozialistische Revolution unmöglich machte.⁸ Da die Arbeiterklasse in diesen Ländern zahlenmäßig schwach war, konnte dieses Unterfangen nicht von der Diktatur des Proletariats geleitet werden, sondern von einer Übergangsform der politischen Organisation: einer antiimperialistischen Front, die aus Arbeitern, Bauern, dem Kleinbürgertum und sogar Elementen der nationalen Bourgeoisie bestand.⁹ An der Spitze standen oft „revolutionäre Demokraten“, Mitglieder der Intelligenz oder Offiziere, die die nationale Bewegung verkörperten. Beispielhaft hierfür waren Persönlichkeiten wie Modibo Keita in Mali, Kwame Nkrumah in Ghana und Abdel Nasser in Ägypten. Die Kommunisten hielten zwar an der Notwendigkeit dieses klassenübergreifenden Bündnisses fest, erkannten aber auch dessen prekären Charakter:

“Unter den jetzigen Umständen ist die nicht mit den imperialistischen Kreisen verbundene nationale Bourgeoisie der kolonialen und abhängigen Länder objektiv daran interessiert, dass die Hauptaufgaben der antiimperialistischen, antifeudalen Revolution gelöst werden. Sie bewahrt daher die Fähigkeit, am revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und den Feudalismus teilzunehmen. In diesem Sinne ist sie fortschrittlich. Sie ist jedoch wankelmütig. Neben einer fortschrittlichen Einstellung neigt sie auch zum Paktieren mit dem Imperialismus und dem Feudalismus. Infolge ihres zwiespältigen Charakters nimmt die nationale Bourgeoisie in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße an der Revolution teil. Dies hängt von den konkreten Bedingungen ab, von den Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, von der Schärfe der Gegensätze zwischen Imperialismus, Feudalismus und den Volkmassen, von der Tiefe der Gegensätze zwischen Imperialismus, Feudalismus und der nationalen Bourgeoisie.“¹⁰

⁷ „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Berlin: Dietz Verlag, 1960), 42. <https://www.marxists.org/history/international/comintern/sino-soviet-split/other/1960statement.htm>

⁸ Das Konzept der "nationalen Demokratie" ähnelt dem Konzept der "Volksdemokratie" und dem, was Mao 1940 in seinem Text "Über die neue Demokratie" als "einen neuen demokratischen Staat unter der gemeinsamen Diktatur mehrerer antiimperialistischer Klassen" bezeichnete.

⁹ 1973 haben die DDR-Wissenschaftler E. Dummer und E. Langer die Grundvoraussetzung für eine solche Staatsmacht benannt: "Ein entscheidendes Kriterium für diese Länder, in denen die Machtverhältnisse klassenmäßig noch nicht klar zu bestimmen sind, in denen nicht nur gesellschaftliche, sondern auch politische Übergangsverhältnisse bestehen, ist jedoch, dass die einheimische Bourgeoisie das Monopol der politischen Macht verloren hat." (in *Internationale Arbeiterbewegung und revolutionärer Kampf* (Berlin: Dietz Verlag, 1973), 357.)

¹⁰ „Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Berlin: Dietz Verlag, 1960), 44.

Es wurde auch behauptet, dass die Unterstützung des sozialistischen Lagers diese nationaldemokratischen Regime in die Lage versetzen könnte, die politischen, materiellen und sozioökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen, ohne eine kapitalistische Entwicklung durchlaufen zu müssen.¹¹ Ein wichtiger Bezugspunkt für dieses Konzept der „nichtkapitalistischen Entwicklung“ waren die Mongolische Volksrepublik und die zentralasiatischen Sowjetrepubliken, die in den 1920er und 30er Jahren eine erste Phase der revolutionär-demokratischen Transformation durchlaufen hatten, bevor sie zum sozialistischen Aufbau übergingen.¹² In den ehemaligen Kolonien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas würde dieser nichtkapitalistische Weg einen ständigen Kampf gegen die Kolonialmächte und gleichzeitig eine Begrenzung und schrittweise Rückführung der kapitalistischen Verhältnisse im eigenen Land bedeuten. Ziel war es, die antiimperialistische nationale Revolution in Richtung einer sozialistischen Revolution voranzutreiben, so wie es in Kuba geschehen war, wo der revolutionäre Demokrat Fidel Castro den Marxismus-Leninismus mit dem Fortschreiten der Revolution annahm. Dies war die theoretische Grundlage, auf der die UdSSR und ihre Verbündeten in den 1960er Jahren bereitwillig Staaten wie Mali unterstützen wollten.

Malis nichtkapitalistischer Entwicklungsweg und die Solidarität der DDR

Unmittelbar nach der Unabhängigkeit nahm Mali enge Beziehungen zu zahlreichen sozialistischen Staaten auf und suchte deren Unterstützung bei der Verwirklichung der *Option Socialiste*. Ein erster Austausch mit der DDR begann über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der 1960 eine Delegation nach Westafrika entsandte. Die malischen Offiziellen betonten die Notwendigkeit, das Gesundheitssystem des Landes auszubauen, da Frankreich es in einem beklagenswerten Zustand hinterlassen hatte. Nachdem der malische Gesundheitsminister sein Interesse an einer Zusammenarbeit in diesem Bereich bekundet hatte, reisten Vertreter der US-RDA in die DDR, um Pläne zu entwickeln. Schon bald wurden 60.000 Polio-Impfstoffe nach Mali geschickt, und der FDGB half bei der Zusammenlegung der malischen Gesundheitsgewerkschaften zu einer effizienteren, zentralisierten Organisation. Es wurde auch ein Programm zur Ausbildung malischer Studenten in Ostdeutschland entwickelt. Die erste Klasse traf 1960 an der medizinischen Hochschule in Quedlinburg ein. Ihnen folgten Hunderte von anderen Maliern, die eine Vielzahl von Fachrichtungen studierten. Die Zusammenarbeit wurde dann schrittweise auf die Ausbildung von Facharbeitern, den kulturellen Austausch, Partnerschaften im Bereich der Volksbildung und die Ausbildung politischer Kader ausgeweitet.

¹¹ Es hieß, dass der von den nationalen Demokratien eingeschlagene Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung die Bedingungen schaffen würde, unter denen eine Arbeiterklasse - das zum sozialistischen Aufbau fähige politische Subjekt - entstehen könnte. Nationaldemokratische Regime könnten so die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise vollenden, ohne die Qualen der Diktatur der Bourgeoisie ertragen zu müssen. Wie weiter unten gezeigt wird, hat dieses Konzept seine Wurzeln auf dem 2. Weltkongress der Komintern im Jahr 1920 und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Eckpfeiler der kommunistischen Strategie ausgebaut. Siehe auch „sozialistische Orientierung“ in *Wörterbuch des Wissenschaftlichen Kommunismus* (Berlin: Dietz Verlag, 1982).

¹² See, for example, Kurt Huber, „Die Mongolische Voksrepublik – Beispiel eines erfolgreichen nichtkapitalistischen Entwicklungsweges zum Sozialismus“ in *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis (Protokoll einer Konferenz)* (Berlin: Akademie-Verlag, 1973).

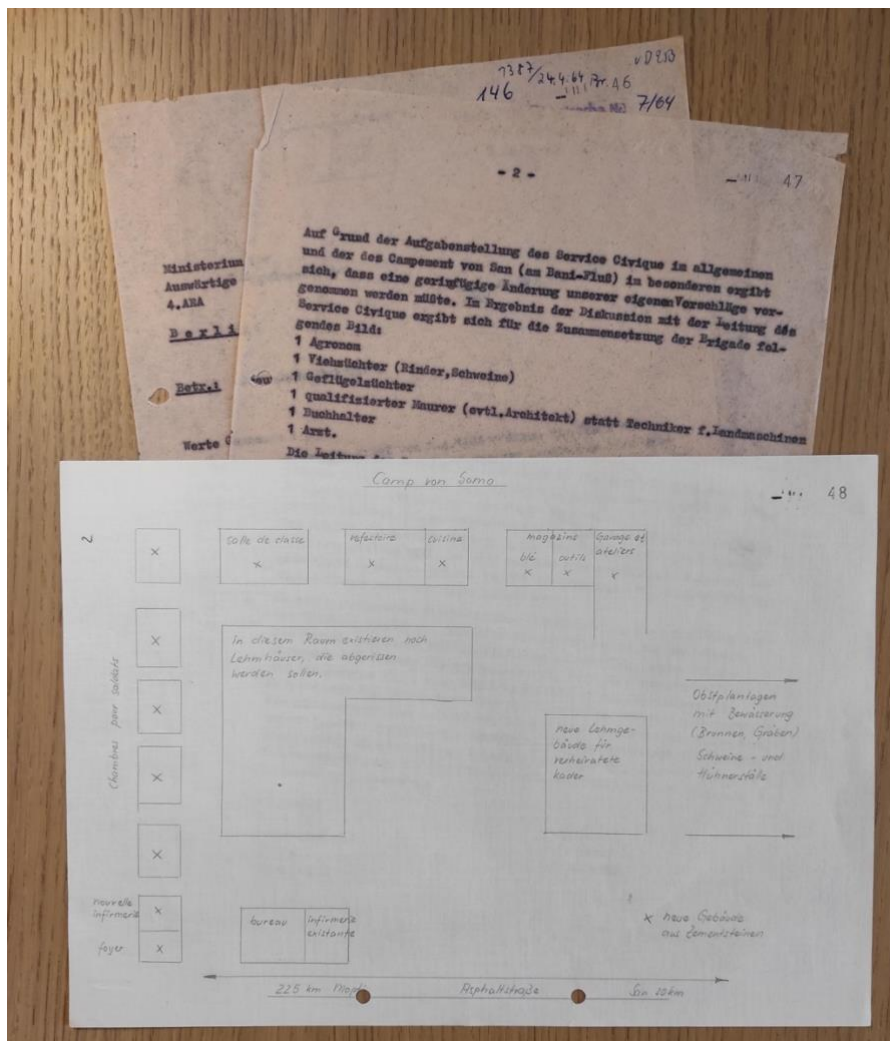


Malische Studenten der Karl-Marx-Universität in Leipzig posieren für ein Foto, nachdem sie eine Erklärung verfasst haben, in der sie den Einsatz einer französischen Atombombe in der Wüste Sahara während des algerischen Unabhängigkeitskrieges verurteilen (Februar 1960).

Die Landwirtschaft war der wichtigste Wirtschaftszweig in Mali. 90 % der erwerbstätigen Bevölkerung waren in diesem Sektor tätig. Sie war auch die wichtigste Akkumulationsquelle des Landes, denn 92 % der Exporte kamen aus der Landwirtschaft. In vielen Regionen blieb das Niveau der Produktivkräfte jedoch extrem niedrig: Der Boden wurde von Familien bewirtschaftet, die mit handbetriebenen Geräten arbeiteten und mehr als drei Viertel ihrer Erträge für den Lebensunterhalt verbrauchten. Da die Besonderheiten der Kolonialherrschaft im französischen Soudan nicht zur Entstehung von Großgrundbesitz geführt hatten (siehe vollständigen Artikel), bestand keine Notwendigkeit für eine Landreform wie in Kuba, Ägypten oder im Irak. Stattdessen sollten die Dorfgemeinden durch die *Action rurale* in Genossenschaften (*Groupement Rural de Production et de Secours Mutuel*, GRPSM) umgewandelt und an staatliche Einrichtungen (*encadrement rural*) angeschlossen werden, die den Bauern bei der Anwendung moderner Produktionsmethoden helfen könnten. Die *Action* sollte das Herzstück der sozialistischen Transformation in Mali sein. Ziel war es, die landwirtschaftliche Produktion über die Subsistenzlandwirtschaft hinaus zu steigern und über staatliche Handelsunternehmen die für die Industrialisierung notwendigen Mittel zu generieren. Die GRPSM sollten auch zu Motoren des sozialen Fortschritts auf dem Lande werden: Sie würden ihre eigenen Verwaltungsstrukturen wählen und Alphabetisierungszentren, Sanitätsstationen, Geschäfte und Saisonschulen für junge Dorfbewohner einrichten.

Mitte der 1960er Jahre waren in Mali erhebliche Fortschritte erzielt worden, insbesondere im Vergleich zu den Jahrzehnten der Kolonialherrschaft. Während die Franzosen nur 4 % der kolonialen Steuern für die Bildung in Westafrika ausgaben, gelang es

der US-RDA, die Zahl der Grund- und Sekundarschüler in nur drei Jahren zu verdoppeln.¹³ Hunderte neuer medizinischer Einrichtungen und Sanitätsstationen wurden im ganzen Land errichtet. In der Landwirtschaft wurden über 45.000 Hektar Land bewässert und 30.000 Pflüge an die GRPSM geliefert, während der Bau des *Encadrement*-Systems und der Saisonschulen bis Ende 1965 weitgehend abgeschlossen war.¹⁴ Diese Gewinne blieben jedoch hinter dem ambitionierten Fünfjahresplan der US-RDA zurück. Während die Produktion von Baumwolle, Mais und Erdnüssen zunahm, stagnierte die Produktion von Subsistenzkulturen (Reis) oder ging sogar zurück (Hirse).¹⁵ Aufgrund politischer Divergenzen in der US-RDA wurde die *Action* auf lokaler Ebene uneinheitlich umgesetzt (ein ausführlicherer Überblick über diese Fragen findet sich in dem vollständigen Artikel).



Nach einem Hilfeseuchen der JUS-RDA rüstete die Massenjugendbewegung der DDR, die Freie Deutsche Jugend (FDJ), 1960 eine "Freundschaftsbrigade" aus, um beim Aufbau des "Camp Somo", eines GRPSM in der Nähe der Stadt Ségou, zu helfen. Diese Pläne wurden von der FDJ entworfen.

¹³ Rodney, *How Europe Underdeveloped Africa* und *Argumente und Tatsachen, Zur Entwicklung der afrikanischen Parteien*

¹⁴ Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*.

¹⁵ Ibid.

Die größten Probleme, die die malische Wirtschaft lähmten, waren jedoch externen Ursprungs. Der US-RDA war es zwar gelungen, ausländische Konzerne vom heimischen Agrarmarkt zu verdrängen und damit den direkten Abfluss des Nationalprodukts zu stoppen, aber malische Waren waren weiterhin den Preisen auf dem kapitalistischen Weltmarkt ausgeliefert. Die Kosten für den Transport der Waren über die Landesgrenzen zu den Häfen in Senegal und Guinea sowie die Subventionsregelungen für Baumwolle in Europa und den Vereinigten Staaten machten es fast unmöglich, rentabel zu arbeiten. Der ungleiche Austausch verkörperte in Mali „die versteckte Hand des Neokolonialismus“ (Nkrumah). Doch Frankreich war dreist genug, auch eine sichtbarere Hand zu benutzen, indem es sich in die Benzinlieferungen einmischte und die senegalesische Regierung unter Druck setzte, um Hindernisse auf den Transitstrecken nach Dakar zu errichten.¹⁶ Da sich die Handelsbedingungen Jahr für Jahr verschlechterten, stieg das malische Defizit immer weiter an. Lokale Händler begannen sich zu bereichern, indem sie die staatliche Handelsgesellschaft umgingen und Waren über die senegalesische Grenze schmuggelten. Nachdem es der Regierung Keïta nicht gelungen war, diesen wachsenden Schwarzmarkt wirksam zu bekämpfen, griff sie 1965 zu Lohnkürzungen und Preiserhöhungen.

Als Mitte der 1960er Jahre die wirtschaftlichen Probleme zunahmen, wandte sich Keïta wiederholt an die sozialistischen Staaten mit der Bitte um mehr Unterstützung. Trotz zahlreicher Bemühungen gelang es der DDR nicht, Handelsbeziehungen zu Mali aufzubauen; die Ursache des Problems lag „in der Enge der Exportstruktur Malis und in den über dem Weltmarktpreis liegenden malinesischen Preisforderungen“.¹⁷ Mali brauchte dringend starke Handelspartner, die Waren zu Preisen kaufen konnten, die über denen des imperialistischen Marktes lagen. Ohne einen kontinuierlichen Strom von Einnahmen aus Agrarexporten wäre die *Option Socialiste* zum Scheitern verurteilt. Die Lage in Mali spitzte sich im Februar 1966 zu, nachdem ein konterrevolutionärer Putsch die sozialistisch-orientierte Regierung Nkrumahs in Ghana gestürzt hatte. Die malische Nationalversammlung war sich der Gefahren bewusst, die von der innenpolitischen Instabilität ausgingen, und beschloss einen Monat später, einem *Comité National de Défense de la Révolution* außerordentliche Vollmachten zu erteilen.

Fragen der politischen Organisation - Nationale Front oder Vorhutpartei?

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage verschärften sich die internen Spaltungen innerhalb der US-RDA. Der rechte Flügel der Partei, der sich weitgehend auf die aufstrebende Handelsklasse und die Verwaltungsbürokraten stützte, ging in die Offensive und begann mit Frankreich über ein Finanzabkommen zu verhandeln, das die Wiederaufnahme Malis in die CFA-Franc-Zone ermöglichen sollte. Die Befürworter behaupteten, das Abkommen würde dazu beitragen, den Handel mit den Nachbarländern anzukurbeln, doch die Gegner argumentierten, es bedeute das Ende der *option socialiste*, da es die staatliche Kontrolle über den Handel aushöhlen und Frankreich eine dominante Rolle in der Wirtschaft verschaffen würde. Angetrieben von der Jugend in der JUS-RDA und den Arbeitern in der UNTM machte der linke Flügel der Partei korrupte Funktionäre und deren halbherzige Umsetzung der revolutionären Politik für die Wirtschaftskrise verantwortlich.

¹⁶ Diese Informationen wurden im Mai 1966 von Präsident Keïta und Mahamane Alassane Haïdara (dem Präsidenten der Nationalversammlung) an eine DDR-Delegation weitergegeben (DY 30/98103).

¹⁷ DY 30/98102.

Sie begannen, die Entwicklung einer Avantgardepartei zu fordern, die sich - mit strengerer Disziplin und größerer Aktionseinheit - besser gegen das feindliche Umfeld behaupten sollte.¹⁸

Mitte der 1960er Jahre wurde die Frage der Vorhutpartei vor dem Hintergrund ähnlicher Herausforderungen auf dem gesamten Kontinent zu einem Streitpunkt unter den kommunistischen und fortschrittlichen Kräften in Afrika. Die US-RDA war in dieser Frage gespalten. Der rechte Flügel argumentierte, dass die spezifische historische Entwicklung Afrikas bedeute, dass die Klassenwidersprüche in der afrikanischen Gesellschaft nicht antagonistisch geworden seien und auch nicht werden müssten, was eine klassenbasierte Avantgardepartei unnötig mache: "Der Sozialismus kann ohne eine kommunistische Partei verwirklicht werden. Wir glauben, dass die politische Organisation des Volkes, die als Motor der Nation betrachtet wird, das Land zum Sozialismus führen kann."¹⁹ Der linke Flügel hingegen erkannte die Unvermeidbarkeit des Klassenkampfes an und sprach sich für die Stärkung der „avantgardistischen Kräfte innerhalb der Partei“ aus, um „die Partei von innen heraus vorwärts zu entwickeln.“²⁰ (Siehe den vollständigen Artikel für einen ausführlicheren Überblick über diese Debatte).

¹⁸ Mehrere Mitglieder des Politbüros der US-RDA, die zum 7. Parteitag der SED im April 1967 nach Berlin reisten, berichteten den DDR-Funktionären von internen Streitigkeiten innerhalb der Parteiführung (DY 30/98100).

¹⁹ Siehe S. B. Kouyaté, zitiert in Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*, 32. Und Idrissa Diarra in *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, Ausgabe. 01, 1967.

²⁰ Ausführliche Informationen an SED-Funktionäre durch linke Mitglieder des Politbüros der US-RDA im April 1967 (DY 30/98100).



Eine Karte der Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus* veranschaulicht den Stand der sozialen Revolution in Afrika Ende 1966.

Während sich das sozialistische Lager zu diesen Organisationsfragen in westafrikanischen Massenparteien damals nicht öffentlich äußerte, widersprachen Diarras Ansichten eindeutig dem marxistisch-leninistischen Verständnis von nationaler Befreiung und Sozialismus, denn sie überschätzten „das Potenzial einer nationaldemokratischen Massenpartei und ihrer kleinbürgerlichen Führung“ und unterschätzten gleichzeitig „die soziale Differenzierung und den Klassenkampf“.²¹ Der guyanische Marxist Walter Rodney hatte das gleiche Problem in einigen afrikanischen Massenparteien zu dieser Zeit festgestellt.²² Für die Kommunisten würde sich der Klassenkampf in der zweiten Phase der nationalen Befreiung notwendigerweise verschärfen, und es wäre die Aufgabe der Arbeiterklasse, die Hegemonie in der nationalen Bewegung zu erlangen. Nkrumah kam bei

²¹ Diese Einschätzung der Ansichten von Diarra und Kouyaté stammt von Ernst, *Tradition und Fortschritt im afrikanischen Dorf*, aus dem Jahr 1973, fünf Jahre nach dem Putsch gegen die US-RDA.

²² Walter Rodney, *Decolonial Marxism*, (London: Verso Books, 2022), 47-49, 68-69, 284-285.

kritischer Reflexion in einer seiner letzten Schriften, *Class Struggle in Africa* aus dem Jahr 1970, zu einem ähnlichen Schluss.²³

Trotz dieser ideologischen Gegensätze unterstützten die sozialistischen Staaten weiterhin Parteien wie die US-RDA. Eine offene Kritik an diesen Tendenzen hätte die fortschrittlichen Regierungen in Afrika untergraben, und außerdem ging man davon aus, dass die Dynamik des national-demokratischen Prozesses zwangsläufig leninistische Parteien hervorbringen würde, die zum sozialistischen Aufbau fähig sind, wie es in Kuba geschehen war. Anfang 1967 kam die SED zu dem Schluss, dass bei der künftigen Zusammenarbeit besonderes Augenmerk auf die Stärkung der „fortschrittlichen Kräfte innerhalb der US-RDA“ gelegt werden sollte, um so zur Festigung des „nichtkapitalistischen Entwicklungsweges Malis“ beizutragen.²⁴ Die in der UdSSR, der ČSSR und Bulgarien bereits laufenden Programme zur Kaderausbildung sollten auf die Mongolei und den Bau einer Parteischule für die US-RDA in Bamako ausgeweitet werden.

Die "*Revolution active*" und der Novemberputsch

Das Finanzabkommen mit Frankreich wurde im Februar 1967 vorläufig genehmigt. Die erste Phase der Umsetzung folgte kurz darauf, was sich für die ohnehin instabile malische Wirtschaft als fatal erwies. In den folgenden drei Monaten sank der Wert der malischen Währung um 50 Prozent.²⁵ Unruhen begannen die Städte zu erschüttern, als große Demonstrationen Maßnahmen gegen die „bürokratische Bourgeoisie“ forderten, die sich im Staatsapparat herausgebildet hatte. Die JUS-RDA, die sich teilweise von der chinesischen Kulturrevolution inspirieren ließ, leitete Aktionen zur Bekämpfung korrupter Regierungsbeamter und zur Erneuerung der Partei ein. Die Ereignisse kulminierten am 22. August 1967, als Keïta die „*Revolution aktiv*“ verkündete: Das Politbüro der US-RDA wurde aufgelöst und das *Comité National de Défense de la Révolution* (CNDR) übernahm seine Aufgaben. Die Nationalversammlung löste sich fünf Monate später, im Januar 1968, selbst auf und wurde durch eine provisorische Versammlung aus linken Vertretern ersetzt.²⁶ Der rechte Flügel wurde auf diese Weise aus der Führung entfernt, doch viele untergeordnete Partei- und Staatsämter wurden weiterhin von der bürokratischen Bourgeoisie besetzt.

²³ "Die Welle von Militärputschen in Afrika offenbart den Mangel an sozialistischer revolutionärer Organisation, die Notwendigkeit der Schaffung einer gesamtafrikanischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse und die Schaffung einer gesamtafrikanischen Volksarmee und -miliz. Der sozialistische revolutionäre Kampf, sei es in Form von politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Aktionen, kann letztlich nur wirksam sein, wenn er organisiert ist und seine Wurzeln im Klassenkampf der Arbeiter und Bauern hat." Kwame Nkrumah, *Class Struggle in Africa* (London: Panaf Books, 1970), 54.

²⁴ DY 30/98100.

²⁵ Diese Zahl wird in DY 30/98105 angegeben und in Pierre Boilley, *Encyclopedia of African History*, Routledge, 2013, bestätigt.

²⁶ Diese Entwicklungen wurden vom Leiter der DDR-Handelsmission in Bamako genau beobachtet, der monatlich detaillierte Berichte an das MfAA in Berlin sandte (DY 30/98101 und DY 30/98105).



Slogans der „revolution aktive“, die am 22. August 1967 eingeleitet wurde: "Zurück zu den Wurzeln - Sieg für das Volk"

Madeira Keita, der malische Justizminister, übernahm die Führung der progressiven Kräfte in der CNDR. Im Juli 1968 hielt Keita eine wichtige Rede, in der er die Entwicklung Malis seit 1960 analysierte.²⁷ Er argumentierte, dass sich nach der Unabhängigkeit Malis tatsächlich antagonistische gesellschaftliche Kräfte herausgebildet hätten. Die „gegensätzlichen politischen Ziele“ dieser Gruppen hätten 1966/67 zu einer politischen Krise geführt. Mit Hilfe von „Massenaktionen der Jugend und der Gewerkschaften“ sei es den fortschrittlichen Kräften gelungen, die Initiative zurückzugewinnen und einen Putsch der Rechten abzuwenden, aber diese Gefahr bestehe in Mali noch immer. Der linke Flügel der Partei ist zu der Erkenntnis gelangt, dass es notwendig ist, „die US-RDA und den Staatsapparat von innen heraus von Organen, denen alle sozialen Schichten des Volkes angehörten, zu Institutionen der avantgardistische Kräfte umzuformen.“ Die Auflösung des Politbüros und der Nationalversammlung markierte den Beginn dieses Prozesses, der jedoch bei weitem nicht abgeschlossen ist.

Dieser Linksruck der US-RDA ist auch in der Außenpolitik der Regierung zu erkennen. Im März 1968 reiste der malische Handelsminister nach Berlin und teilte den SED-Funktionären mit, dass „die Zeit reif ist für eine Normalisierung der Beziehungen und die volle diplomatische Anerkennung der DDR“.²⁸ Die Vertreter der US-RDA erklärten zwar, dass Mali nun zu diesem Schritt bereit sei, betonten aber, dass die sozialistischen Staaten ihre Hilfe verstärken müssten, wenn die nichtkapitalistische Entwicklung gelingen solle. Als Präsident Keita im Juli 1968 mit dem Leiter der Handelsmission der DDR in Bamako zusammentraf, beklagte er das Finanzabkommen mit Frankreich und bezeichnete es als einen bitteren Rückzug, der notwendig geworden sei, weil die sozialistischen Staaten nicht ausreichend Unterstützung geleistet hätten.²⁹ Doch trotz seiner anhaltenden Frustration mit dem sozialistischen Lager positionierte sich Keita einen Monat später eindeutig, als Mali im August 1968 als einziger afrikanischer Staat die Intervention der UdSSR in der ČSSR ausdrücklich unterstützte.³⁰ Entgegen ihren Verbündeten in Jugoslawien und Ägypten

²⁷ Die Rede ist in einem internen Bericht der Handelsmission an das MfAA (DY 30/98105) ausführlich dokumentiert.

²⁸ DY 30/98102.

²⁹ DY 30/98102.

³⁰ Die Unterstützungserklärung Malis wurde vom CNDR und separat von den Gewerkschaftern der UNTM angenommen (DY 30/98105). Madeira Keita hatte die DDR und die ČSSR im Juli/August desselben Jahres

weigerte sich die US-RDA daraufhin, an der nächsten Konferenz der Bewegung der Blockfreien teilzunehmen.



Madeira Keita mit Che Guevara in Bamako (Dezember 1964)

Die *Revolution active* war im Wesentlichen das, was die kommunistische Bewegung vorausgesehen hatte; die Widersprüche in und um die US-RDA hatten sie gezwungen, eine klarere ideologische Position einzunehmen. Die verbliebenen Führer sprachen nicht mehr von der „Einheit des Landes“, sondern wetterten gegen die „reaktionären Kräfte, die Verbindungen zum kapitalistischen Ausland haben“.³¹ Sie wandten sich an die Arbeiter- und Jugendbewegung um Unterstützung. Eine Volksmiliz erhielt besondere Befugnisse gegenüber allen anderen Machtorganen, um die Konterrevolution abzuwehren.³² Außerhalb der städtischen Zentren konzentrierte sich die Masse der Landbevölkerung jedoch auf die katastrophale wirtschaftliche Lage, die keine Anzeichen für eine Verbesserung aufwies. Berichten zufolge nahmen die meisten Malier die politischen Entwicklungen in den Städten

besucht und kannte daher die Situation in Prag gut. Die Bedeutung dieses Schrittes sollte nicht unterschätzt werden, denn die US-RDA positionierte sich als enger Verbündeter der Staaten des Warschauer Vertrages und widersprach somit der Position ihrer Verbündeten in China, Jugoslawien, der PCF und mehreren progressiven Staaten in Afrika.

³¹ DY 30/98103.

³² Interessanterweise wandte sich die UNTM sogar an die SED und bat um Hilfe bei der Organisation bewaffneter Arbeiterbrigaden nach dem Vorbild der "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" der DDR (DY 30/98103).

gleichgültig zur Kenntnis.³³ Erschwerend kam hinzu, dass sich die Volksmiliz als anfällig für Exzesse erwies, was einige einstige Unterstützer der US-RDA weiter verprellte.

Der fatale Schlag gegen die Partei kam Ende 1968. Wie in Ghana war auch in Mali das Militär lange Zeit eine Bastion pro-imperialistischer Einstellungen gewesen. Viele Offiziere waren im kolonialen „Mutterland“ ausgebildet worden. Sie hatten die Präsidentschaft Keitas zwar toleriert, waren aber meist für eine engere Bindung an Frankreich. Der Aufstieg der Volksmiliz während der *revolution active* verärgerte auch viele Offiziere, da sie die Auflösung der Armee befürchteten. Nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Milizionären und Armeeeoffizieren am Abend des 18. November 1968 kam es zu einem Überraschungsputsch durch eine Gruppe von Offizieren. Die Händler und Kleinunternehmer sahen ihre Stunde gekommen und stellten sich hinter das Militär. Die Landbevölkerung blieb weitgehend passiv.

Der Anführer der verschwörerischen Offiziere - des selbsternannten „Militärischen Komitees für die nationale Befreiung“ - war Leutnant Moussa Traoré, der kurz zuvor von einem langen Besuch in Paris, angeblich aus gesundheitlichen Gründen, nach Mali zurückgekehrt war. Nach dem Putsch versprach Traoré Neuwahlen in den kommenden Monaten, und bezeichnenderweise wurden die rechtsgerichteten Vertreter, die das Finanzabkommen mit Frankreich vor ihrer Entlassung aus der US-RDA ausgehandelt hatten, nun wieder als Minister in die neue provisorische Regierung eingesetzt. Alle anderen politischen Aktivitäten - einschließlich derjenigen der US-RDA und ihrer Massenorganisationen - wurden gänzlich untersagt. Die versprochenen Wahlen fanden nie statt, und Traoré blieb an der Macht, bis er 1991 gestürzt wurde. Modibo Keita starb 1977 als Gefangener unter verdächtigen Umständen, woraufhin Tausende zur Beerdigung des ehemaligen Präsidenten strömten, bevor sie von Traorés Truppen gewaltsam auseinandergetrieben wurden.

Ein Erbe zum Studieren

Der Staatsstreich von 1968 setzte der nicht-kapitalistischen Entwicklung Malis somit ein abruptes Ende, wie es zwei Jahre zuvor in Ghana geschehen war. Die DDR und andere sozialistische Staaten setzten ihre Beziehungen zum Traoré-Regime fort, vor allem in der Hoffnung, die Errungenschaften zu bewahren und dem Einfluss der imperialistischen Staaten entgegenzuwirken.³⁴

Es wäre zu einfach, aus solchen Putschen zu schließen, dass die Strategien des nichtkapitalistischen Entwicklungswegs und der nationalen Demokratie untauglich waren. Zwar erwiesen sich die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten in Mali als größer, als die kommunistische Bewegung und die US-RDA ursprünglich erwartet hatten, doch gibt es mehrere Staaten, in denen diese Strategien den Weg zum Sozialismus gebahnt haben.³⁵ Um dies zu verstehen, ist es hilfreich, sich an die Ursprünge dieser Konzepte zu erinnern. Eine nichtkapitalistische Entwicklung wurde erstmals auf dem Zweiten Weltkongress der Komintern 1920 angedeutet, und aus dieser ersten Bemerkung geht klar hervor, dass diese Strategie einen starken sozialistischen Gegenpol zum Imperialismus voraussetzte:

³³ DY 30/98103.

³⁴ Eine detaillierte Einschätzung des Leiters der DDR-Handelsmission nach dem Putsch wurde dem MfAA im Januar 1969 übergeben (DY 30-98105).

³⁵ Für die nationale Demokratie sind die naheliegenden Beispiele Kuba und China. Für die nichtkapitalistische Entwicklung siehe Mongolei und die zentralasiatischen Sowjetrepubliken.

„Die Frage lautete: Ist die Behauptung richtig, dass das kapitalistische Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung für die rückständigen Nationen, die sich auf dem Weg zur Emanzipation befinden und bei denen seit dem Krieg ein gewisser Fortschritt zu beobachten ist, unvermeidlich ist? Wir haben diese Frage verneint. Wenn das siegreiche revolutionäre Proletariat unter ihnen eine systematische Propaganda betreibt und **die Sowjetregierungen ihnen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu Hilfe kommen** - dann ist es ein Irrtum anzunehmen, dass die rückständigen Völker zwangsläufig die kapitalistische Entwicklungsstufe durchlaufen müssen. Man sollte nicht nur in den Kolonien und den rückständigen Ländern selbständige Kontingente von Kämpfern und Parteiorganisationen schaffen, nicht nur sofort die Propaganda für die Organisation von Bauernsowjets in Gang setzen und deren Anpassung an die vorkapitalistischen Verhältnisse anstreben, sondern die Kommunistische Internationale sollte mit der entsprechenden theoretischen Begründung die These vertreten, dass die rückständigen Länder **mit Hilfe des Proletariats der fortgeschrittenen Länder** zum Sowjetsystem und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus übergehen können, ohne die kapitalistische Stufe durchlaufen zu müssen.“³⁶ (Hervorhebung hinzugefügt)

Die Tragik der Entwicklung in Mali bestand jedoch darin, dass das sozialistische Lager trotz positiver politischer Entwicklungen innerhalb der US-RDA (am deutlichsten vertreten durch Madeira Keita selbst) letztlich nicht in der Lage war, wirtschaftliche Beziehungen zu Bamako in einem Umfang aufzubauen, der es aus neokolonialen Abhängigkeiten hätte befreien können. Dies wurde dadurch stark erschwert, dass die panafrikanischen Initiativen der frühen 1960er Jahre gescheitert waren; die Region war weiterhin zersplittert, und Mali blieb relativ isoliert. Bereits 1965 war klar, dass das Binnenland Mali, solange es den Preisen des imperialistischen Weltmarktes unterworfen war, nicht in der Lage sein würde, eine stabile Handelsbilanz aufrechtzuerhalten, geschweige denn das für die Industrialisierung notwendige Kapital zu akkumulieren. Trotz wiederholter Appelle der US-RDA-Führung war Berlin einfach nicht in der Lage, für malische Agrargüter mehr als die Marktpreise zu zahlen. Die DDR war zu dieser Zeit natürlich, wie die anderen sozialistischen Staaten auch, in ihre eigene (Re-)Industrialisierung und den harten Wettbewerb mit dem Westen verwickelt.

Die Befürworter einer nichtkapitalistischen Entwicklung hatten die Fähigkeiten des sozialistischen Lagers nach dem Zweiten Weltkrieg offensichtlich überschätzt, zumindest in Bezug auf Subsahara-Afrika. Die sowjetische Hilfe hatte es einigen feudalen Gesellschaften in Zentral- und Ostasien ermöglicht, die kapitalistische Entwicklungsetappe zu umgehen; diese Staaten waren direkt mit der sowjetischen Wirtschaft verbunden gewesen. Die Übertragung der Idee auf das zersplitterte Westafrika war eine anders dimensionierte Sache. Sie hätte sowohl einen viel stärkeren RGW (als sozialistische Alternative zum imperialistischen Weltmarkt) als auch ein umfangreiches internationales Infrastrukturprojekt erfordert, das in der Lage gewesen wäre, entfernte Binnenländer wie Mali mit den sozialistischen Staaten in Europa und Asien zu verbinden. Kommunistische Analysten begannen in den 1970er Jahren, diesen Punkt zu erkennen und zu diskutieren³⁷,

³⁶ Lenin (1920), "Bericht der Kommission über die nationale und die koloniale Frage" in Der Zweite Kongress der Kommunistischen Internationale. <https://www.marxists.org/archive/lenin/works/1920/jul/x03.htm>

³⁷ Die Grenzen dieser Strategie wurden beispielsweise von Suret-Canale ("Die Bedeutung der Tradition in den westafrikanischen Gesellschaftsordnungen", S.136) aufgezeigt, der drei grundlegende Widersprüche

und doch blieb der nichtkapitalistische Entwicklungsweg bis Mitte der 1980er Jahre eine Kernstrategie der Bewegung, bevor Gorbatschows „neues Denken“ durchgesetzt wurde. Ein Vergleich der Erfahrungen Malis mit denen anderer sozialistisch-orientierter Staaten wie Guinea, Ägypten/VAR, Mosambik, VR Kongo, DR Afghanistan usw. wird zu einem umfassenderen Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen dieser Strategie im 20. Jahrhundert beitragen.

Auf politischer Ebene bestand der Kernpunkt der nationalen Befreiung darin, wie der unmittelbare Kampf gegen den Neokolonialismus mit dem langfristigen Kampf für den Sozialismus verbunden werden konnte. Wie kann die nationale Befreiung über die Grenzen einer bürgerlichen Revolution hinausgehen, wenn das Proletariat - das entscheidende revolutionäre Subjekt - nur in einer embryonalen Form existiert? Auf der Grundlage von Lenins *Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution* entwickelten die kommunistischen Parteien 1960 das Konzept des nationaldemokratischen Staates. Nach einem Jahrzehnt der Praxis erkannten die Analytiker die Komplexität dieses Prozesses und erkannten, dass die nationale Demokratie inhärent volatil war; sie verkörperte einen ständigen Kampf und war sowohl für schnelle Fortschritte als auch für drastische Rückschläge anfällig.³⁸

Im malischen Kontext bestätigt die Entwicklung der Regierung Keïta die Bedeutung des Klassenkampfes sowohl außerhalb als auch innerhalb der nationalen Bewegung. Dies zeigte sich nicht nur in der Frage der Avantgardepartei, sondern auch in der *Action rurale*, wo idealistische Vorstellungen bald anfangen, den Fortschritt auf dem Lande objektiv zu behindern (siehe vollständiger Artikel).³⁹ Mit dem Fortschreiten ihrer politischen Projekte erkannten revolutionäre Demokraten wie Nkrumah und Keïta die Fallstricke einer Vernachlässigung der Klassenanalyse. In Ghana kam diese Erkenntnis erst nach dem Staatsstreich, aber in seinen letzten Lebensjahren warnte Nkrumah vor klassenneutralen „Mythen wie dem ‚afrikanischen Sozialismus‘ und dem ‚pragmatischen Sozialismus‘“ (siehe Zitat in der Fußnote).⁴⁰ In Mali hatte die US-RDA aus dem ghanaischen Putsch gelernt und

feststellte, die die nichtkapitalistische Entwicklung in Ghana und Mali behinderten: „Das Fortbestehen des neokolonialistischen Einflusses in den Nachbarstaaten, die relative Isolation der fortschrittlichen Regime und die geografische Entfernung zu den sozialistischen Ländern.“ In ähnlicher Weise kam der nigerianische Kommunist Tunji Otegbeye 1970 zu dem Schluss, dass die „Nähe [der neu befreiten Staaten] zum sozialistischen Weltlager“ ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Faktor war, der ihren „Übergang zur sozialistischen Orientierung“ bestimmte. (*Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 1970, iss. 08). Nkrumah kam wie Otegbeye zu dem Schluss, dass die nichtkapitalistische Entwicklung lediglich als eine sehr kurze Übergangsphase und nicht als eigenständige gesellschaftliche Formation betrachtet werden darf (Nkrumah, *Class Struggle in Africa*, 38-39).

³⁸ Helmut Mardek, „Der Platz der Arbeiterklasse in den staatstheoretischen Vorstellungen der revolutionären Demokratie“ in *Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis (Protokoll einer Konferenz)* (Berlin: Akademie-Verlag, 1973), 184.

³⁹ Die *Action rurale* wurde von dem DDR-Wissenschaftler Klaus Ernst in seinem 1973 erschienenen Buch eingehend analysiert. Es wurde ins Englische übersetzt und ist ein wertvolles Nachschlagewerk für alle, die sich für nichtkapitalistische Ansätze in der Landwirtschaft interessieren.

⁴⁰ „Die Klassenunterschiede in der modernen afrikanischen Gesellschaft wurden in der Zeit vor der Unabhängigkeit bis zu einem gewissen Grad verwischt, als es den Anschein hatte, dass es eine nationale Einheit gab und alle Klassen ihre Kräfte vereinigten, um die Kolonialmacht zu vertreiben. Dies veranlasste einige zu der Behauptung, dass es in Afrika keine Klassenunterschiede gäbe und dass der Kollektivismus und der Egalitarismus der traditionellen afrikanischen Gesellschaft jede Vorstellung von einem Klassenkampf überflüssig mache. Dieser Irrtum wurde jedoch schon bald nach der Unabhängigkeit aufgedeckt, als die Klassenspaltungen, die im Kampf um die politische Freiheit vorübergehend untergegangen waren, wieder zum

wandte sich ab 1967 dem Leninismus zu und korrigierte ihre Politik, um die aufstrebende einheimische Bourgeoisie zurückzudrängen. Doch auch hier hatte der rechte Flügel der Partei in Zusammenarbeit mit dem Neokolonialismus bereits großen Schaden angerichtet (vor allem durch die verhängnisvollen Finanzabkommen mit Frankreich und die Untergrabung der *Action rurale*), bevor er ausgeschaltet wurde.

In den darauffolgenden Jahren erlangten viele Parteien mit einem klareren Verständnis des Klassenkampfes in ganz Afrika an Bedeutung (z. B. die MPLA in Angola, die FRELIMO in Mosambik, die PAIGC in Guinea-Bissau und die PCT in der Republik Kongo). Die Rolle des sozialistischen Lagers bei der Schaffung eines Raums für die Entfaltung dieser ideologischen Diskussionen - sei es in Zeitschriften wie *Probleme des Friedens und des Sozialismus* oder in den zahllosen Konferenzen, die verschiedene politische Bewegungen zusammenbrachten - darf nicht unterschätzt werden. Die Dokumentation dieses internationalen Austauschs bietet eine Menge an theoretischen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen, die nach 1990 allzu oft verloren gegangen sind oder ignoriert wurden.

Heute, über 50 Jahre nach dem Putsch gegen die US-RDA, werden die Menschen in Mali immer noch des sozialen Fortschritts und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit beraubt. Die Lebenserwartung liegt nach wie vor unter 60 Jahren, 70 Prozent der Nahrungsmittel müssen importiert werden, und nur ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung kann lesen und schreiben.⁴¹ Der erbärmliche Zustand des Landes ist eine klare Anklage gegen Frankreich und seine Verbündeten, die seit 1968 einen langen Schatten auf Mali geworfen haben. Durch Mechanismen wie den CFA-Franc und die berüchtigten "Strukturanpassungsprogramme" wurden die Abhängigkeit und Ausbeutung Westafrikas nur noch vertieft. Nach der Vertreibung des französischen Militärs im Jahr 2022 ist das malische Volk erneut mit der vollen Härte der westlichen Strafmaßnahmen konfrontiert: Ein Handelsembargo wurde verhängt, die Grenzen zu den Nachbarstaaten wurden abgeriegelt und das Vermögen der Zentralbank eingefroren. Mehr als einer von drei Maliern ist inzwischen auf humanitäre Hilfe angewiesen.⁴² Diese schmerzhaft Perpetuierung des Neokolonialismus steht in scharfem Gegensatz zur internationalistischen Solidarität der sozialistischen Staaten. Das allein ist schon Grund genug, sich auf diese Tradition zu besinnen und ihre Diskussionen neu aufzugreifen.

Vorschein kamen, und zwar oft mit zunehmender Intensität, insbesondere in den Staaten, in denen die neue unabhängige Regierung eine sozialistische Politik verfolgte." Nkrumah, *Class Struggle in Africa*, p.10.

⁴¹ Aged 15 and over – World Bank data for 2020.

⁴² Press Release January 18, 2022, International Rescue Committee, *New sanctions risk plunging the people of Mali further into humanitarian crisis, warn 13 NGOs*.